

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 105 (2011)
Heft: 9

Artikel: Die linken Regierungen in Lateinamerika : eine kritische Bestandesaufnahme
Autor: Rey, Romeo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390270>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Humala, Exoffizier der peruanischen Armee, hatte sich bei seinem ersten Anlauf zur Eroberung der Präsidentschaft 2006 als Linksnationalist und Sympathisant des sozialistischen Präsidenten Venezuelas, Hugo Chávez, zu erkennen gegeben. Das konnte vom bürgerlichen Lager prompt zu seinen Ungunsten ausgeschlachtet werden: Humala hatte damals in der Ballotagewahl gegen Alan García keine Chance. Dieses Mal hütete sich der nunmehr 48jährige Politiker, der im Jahr 2000 als Uniformierter eine Meuterei gegen den zwar vom Volk gewählt, aber diktatorisch regierenden Alberto Fujimori angezettelt hatte, die Gegnerschaft in seine Karten schauen zu lassen. Im jüngsten Wahlkampf gab er sich als unabhängiger Kandidat aus und hatte damit mehr Erfolg.

Der einstige Meuterer trat Ende Juli die verfassungsmäßige Nachfolge des Hünen García an, der wie Fujimori schon zwei fünfjährige Mandate und eine kurvenreiche politische Karriere hinter sich hat. In seiner ersten Amtszeit (1985–1990) hatte García als Chef der populistischen APRA-Partei einen forsch linksgerichteten Kurs eingeschlagen, den Schuldendienst des peruanischen Staats vorübergehend eingeschränkt und einige Banken nationalisiert. Seine Regierung endete in einem wirtschaftlichen und finanziellen Fiasko. Diese unschöne Erfahrung schien er mit seinem zweiten Mandat insofern überwinden zu wollen, als er diesmal eine Politik unter genau umgekehrten Vorzeichen verfolgte: Neoliberalismus in Reinkultur, freie Hand für die Bergbaumultis und vorbehaltloses Einverständnis mit seinen einstigen Erzfeinden, dem IWF und der Weltbank.

Damit hatte Präsident García denselben Kurs weiterverfolgt, den Fujimori vorgezeichnet und dessen Nachfolger Alejandro Toledo nahtlos fortgesetzt hatte. Der Sieg von Ollanta Humala an den Urnen bedeutet – ungeachtet aller taktischen Schachzüge im Wahlkampf –

Romeo Rey

Die linken Regierungen in Lateinamerika

Eine kritische Bestandsaufnahme

Das Kopf-an-Kopf-Rennen um die Wahl des Staatsoberhauptes von Peru ist knapp zugunsten von Ollanta Humala ausgegangen. Ganze drei Prozentpunkte trennten ihn von seiner Rivalin in der Stichwahl, Keiko Fujimori, Tochter des früheren Präsidenten, der seit ein paar Jahren wegen Korruption und schwerer Menschenrechtsverletzungen hinter Gittern sitzt. Das Ergebnis des Urnenganges in diesem Andenstaat hat weit über die eigenen Landesgrenzen hinaus Aufsehen erregt, denn es stellt eine deutliche Korrektur im Kräfteverhältnis zwischen den liberal-konservativen und linksgerichteten Kräften in Lateinamerika dar.



**Südamerika
in Bewegung**

einen Bruch in dieser Kontinuität, die insgesamt zwei Jahrzehnte lang durchgezogen werden konnte. Die Zeit der brav bürgerlichen Politik, welche die Privilegien des Fremdkapitals in diesem an Mineralvorkommen reichen Land diskussionslos hinnahm, scheint vorbei zu sein. Die Frage, die Lateinamerika beschäftigt, ist nun in erster Linie die, wie weit, wie offen und wie schnell sich Peru unter Humala dem Linksblock der sogenannten ALBA-Staaten unter Führung von Venezuela und Kuba annähern und allenfalls anschliessen wird.

Peru hat mit seiner extrem kapitalfreundlichen Politik der letzten Jahre spektakuläre Wachstumsraten erzielt. Die Börse von Lima konnte davon mit Rekordgewinnen profitieren. Was von der offiziellen Propaganda aber meistens verschwiegen wurde: Die Boomstimung erfasste vor allem den Bergbau und damit fast ausschliesslich die in diesem Sektor tätigen transnationalen Konzerne. Wie erschreckend wenig von den Milliarden Gewinnen für den Andenstaat übrig blieb und wie wenig von diesem kleinen Rest durch die soziale Pyramide hinunterrieselte, das wurde dem 30-Millionen-Volk – zumindest von offizieller Seite und in den marktbeherrschenden Medien – nie näher erklärt.

Nichts scheint unvermeidlicher, als dass Präsident Humala in dieser Hinsicht mehr oder weniger tiefe Eingriffe wird vornehmen müssen, um die Steuerpolitik gegenüber dem Fremdkapital den legitimen Interessen Perus anzupassen und, dem Beispiel der ALBA-Staaten Kuba, Venezuela, Ecuador und Bolivien folgend, damit im Hinblick auf die Bedürfnisse der Volksmehrheit über wesentlich mehr Geldmittel für Sozialpolitik und zur Unterstützung produktiver Investitionen in anderen Wirtschaftsbereichen zu verfügen.

Für das ALBA-Bündnis, dem neben den vier genannten Ländern auch das mittelamerikanische Nicaragua und die karibischen Zwergstaaten Antigua und

Barbuda, Dominica sowie St. Vincent und die Grenadinen angehören, bedeutet der Umsturz in Peru Aussicht auf Verstärkung. Und die haben sie nötig. Denn Kuba befindet sich mitten in einer heiklen Phase des Übergangs von einem orthodoxen Sozialismus zu einem pragmatischeren Regime, das auf eine aus staatlichen, privaten, kooperativen und alternativen Sektoren zusammengefügte Wirtschaft umsatteln will. In Venezuela läuft der Prozess zur Konsolidierung des «Sozialismus des 21. Jahrhunderts», wie es gar nicht anders zu erwarten ist, in einem andauernden Clinch mit den bürgerlichen Interessengruppen heiss. Zudem hat der dortige Regierungschef Hugo Chávez mit ernsthaften gesundheitlichen Problemen zu kämpfen.

Auch in Bolivien ist das Reformwerk ins Stocken geraten. Nach dem Abschluss der turbulenten Verhandlungen über eine neue Staatsverfassung und der betreffenden Volksabstimmung, die wiederum ein klares Mehr für die Regierung von Präsident Evo Morales und seiner MAS-Bewegung (Movimiento al Socialismo) ergab, konnte sich die linke Herrschaft vorerst ein paar Monate lang einer – für bolivianische Verhältnisse – relativen politischen Ruhe und Stabilität erfreuen. Umso heftiger der Aufruhr, als La Paz zum letzten Jahresende einen Gasolinazo dekretierte, womit Benzin und Diesel auf einen Schlag um durchschnittlich rund 80 Prozent teurer wurden. (vgl. artikel auf Seite 233). Doch das Geschirr war zerbrochen: Seine Beliebtheitsquote fiel um die Hälfte, dämmert seither zwischen 30 und 35 Prozent und scheint sich kaum mehr erholen zu können.

In Ecuador sind ebenfalls Risse in der Regierungskoalition um Staatschef Rafael Correa aufgetreten. Schon vor geraumer Zeit hatten sich die reformistisch gesinnten Politiker und verschiedene Organisationen der Eingeborenen, welche die «Bürgerrevolution» des Präsidenten anfänglich unterstützten, aus-

einandergelebt. Für Ernüchterung sorgten auch Differenzen in der Ausführung jenes Projekts, das einen Verzicht auf Erdölförderung im östlichen Urwaldgebiet des Äquatorstaats beinhaltet. Obwohl dieses Vorhaben eigentlich für die ganze Welt historischen Beispielcharakter haben könnte, drohen die Verhandlungen mit den ausländischen Geldgebern zu versanden, weil in Quito diesbezüglich zentrifugale Kräfte zu beobachten sind. Während die indigenen Gruppen kompromisslos auf den Schutz der Natur setzen, die ihr Habitat ist, scheint man sich in der nächsten Umgebung Correas in der Frage, wie weit Ecuador dem Diktat der fremden Geldgeber in diesem Fall folgen soll, nicht einig zu werden.

Gesamthaft betrachtet erfreut sich Lateinamerika seit etwa sieben Jahren einer unverhofft günstigen Konjunktur. Erstaunt, geradezu perplex verfolgen die weltpolitisch informierten Kreise des Subkontinents das Geschehen in Europa, den USA und Japan. Man stellt fest, dass sich diese drei seit Jahrzehnten dominanten Pole der Weltwirtschaft neuerdings mit Problemen herumschlagen, die Lateinamerika aus früheren Zeiten bestens kennt, die es nunmehr aber zu einem guten Teil überwunden zu haben glaubt.

Dazu gehört in erster Linie die Verschuldung. Während die Krisensymptome in den hoch entwickelten Regi-

onen des Globus immer bedenklichere Dimensionen annehmen und die Möglichkeit eines umfassenden Zusammenbruchs der dortigen Finanzstrukturen nicht mehr zu übersehen ist, erfreut sich Lateinamerika gegenwärtig recht stabiler finanzieller Verhältnisse. Gewiss darf man nicht übersehen, dass diese Bonanza zur Hauptsache das Ergebnis boomender Rohstoffpreise ist – eine Konjunktur, die nicht auf immer und ewig Bestand haben wird. Immerhin haben es die meisten Staaten verstanden, entweder Schulden, die noch um 2000 fast allen wie ein Mühlstein am Hals hingen, dank reichlich anfallender Exporteinkünfte abzubauen (oder sie wenigstens teilweise von Ausland- in Inlandschulden umzuwandeln) oder aber Devisenreserven in beträchtlichem Ausmass anzulegen.

Dank der gegenwärtig reissenden Nachfrage auf dem Weltmarkt nach praktisch allen commodities, die es anzubieten hat, bleibt Lateinamerika von der internationalen Finanzkrise weitgehend unberührt. Damit wächst aber die Gefahr, dass man sich in einer Sicherheit wiegt, die sich früher oder später als trügerisch erweisen könnte. Denn die Erfahrung lehrt, dass die terms of trade (das Verhältnis zwischen Export- und Importpreisen) langfristig fast immer die Dritte Welt benachteiligen, weil die Teuerung bei den Rohstoffen irgendwann mit teureren Fertigprodukten zurückschlägt. Ohnehin hat die Inflation

Curitiba ist der viertgrösste Wirtschaftsraum Brasiliens. Im eigentlichen Stadtgebiet leben 1,9 Millionen Menschen. Curitiba hat sich mit seinem Engagement für eine nachhaltige Stadtentwicklung international einen Namen gemacht. Curitiba erzielte als einzige Stadt ein weit überdurchschnittliches Gesamtergebnis und ist damit die grünste Metropole im Index. (Bild: Siemens Latin American Green City Index 2010)



in einigen Ländern (Venezuela, Argentinien, in bisher geringerem Masse auch in Brasilien und Bolivien) schon spürbar angezogen. Wenn dieser Trend nicht rechtzeitig gebremst wird, kommt erfahrungsgemäss unweigerlich auch die soziale Front in Bewegung.

Dass nicht alle Länder der Region aus den früheren Defizit- und Schuldenkrisen Lehren gezogen haben, zeigt zudem die Tendenz zu steigenden Rüstungsausgaben. Die erreichte Stabilität damit aufs Spiel zu setzen, wäre umso weniger verzeihlich, als es heute auf dem Halbkontinent keinen einzigen internationalen Spannungsherd gibt, der eine massive Aufrüstung rechtfertigen könnte.

«Prunkstück» Lateinamerikas ist im Augenblick zweifellos Brasilien. Satte Wachstumsraten in Bergbau, Industrie, Landwirtschaft, Finanzen und anderen Dienstleistungen – sozusagen in der ganzen Wirtschaft – lassen die Figur des früheren Präsidenten Luiz Inácio «Lula» da Silva (2003–2010) im bestmöglichen Licht erscheinen. In der Tat erinnert man sich keines anderen lateinamerikanischen Politikers, der nach achtjähriger, konstitutioneller Herrschaft mit einem derartigen Grad an Zustimmung (um 75 Prozent) in Rente gehen konnte. Dass er damals ein in einigen Aspekten gesundes Erbe aus den Händen seines Vorgängers im Amt, Fernando Henrique Cardoso, übernehmen konnte, ist dabei sicher in Rechnung zu stellen. Und dass er in den Genuss des – dank der unbändigen Nachfrage aus grossen Abnehmerstaaten wie China und Indien – beinahe ununterbrochenen Preisauftriebs bei allen für Brasilien massgeblichen Rohstoffen kam, hat ihm die Regierung sicher mächtig erleichtert.

Nicht zu übersehen ist aber auch, dass Lulas Arbeiterpartei mit diversen Sozialprogrammen «gegen den Hunger» und «für die Familie» eine gewisse Umverteilung des Volkseinkommens erreicht hat. Wie dauerhaft dieses Werk

sein wird und wie weit es durch strukturelle Reformen in Wirtschaft und Finanzen ergänzt und konsolidiert wird, das ist freilich eine andere Frage. Auch scheint das Ausmass der Umverteilung durch manche Statistiken, die nun in den bürgerlichen Medien auffallend bereitwillig herumgereicht werden, überdimensioniert zu werden. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Zentren der kapitalistischen Welt den sympathischen Lula hochjubeln wollen. Dies in der unverkennbaren Absicht, den linksgerichteten Latinos einzutrichern, dass man, dem Beispiel Brasiliens folgend, mit milde sozialdemokratischer, vorwiegend karitativer Umverteilungspolitik gerechtere Zustände herstellen könne als mit radikal-reformistischen Experimenten, wie sie eben in den ALBA-Staaten durchgeführt werden, oder gar mit orthodox revolutionärer Politik wie in Kuba.

Ein Ärgernis, das sich weder mit sozialdemokratischer Politik noch mit forsch sozialistischer Zielsetzung und ebenso wenig mit traditionell liberalen oder konservativen Regimen ausmerzen lässt, ist das Problem des Rauschgifthandels. Es hat in den vergangenen Jahrzehnten nach und nach gigantische Dimensionen angenommen. Vor allem in Mexiko und Mittelamerika, aber auch in einigen Andenstaaten sind breite Segmente von Politik und Ökonomie durch die Mafia unterwandert worden. Solange die Nachfrage nach Drogen in den reichen Ländern des Nordens unvermindert anhält, wird diese Pest nicht auszurotten sein. Man wird ihr mit immer mehr Repression genauso wenig beikommen wie mit einer Liberalisierung des Geschäfts. Auch Länder wie Argentinien und Brasilien, die früher einmal «nur» Transitzone waren, sind mittlerweile zu immer wichtigeren Absatzmärkten mit Millionen Konsumenten geworden. ●